

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 167 (2001)

Heft: 12

Anhang: Strategische Lage 2002

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

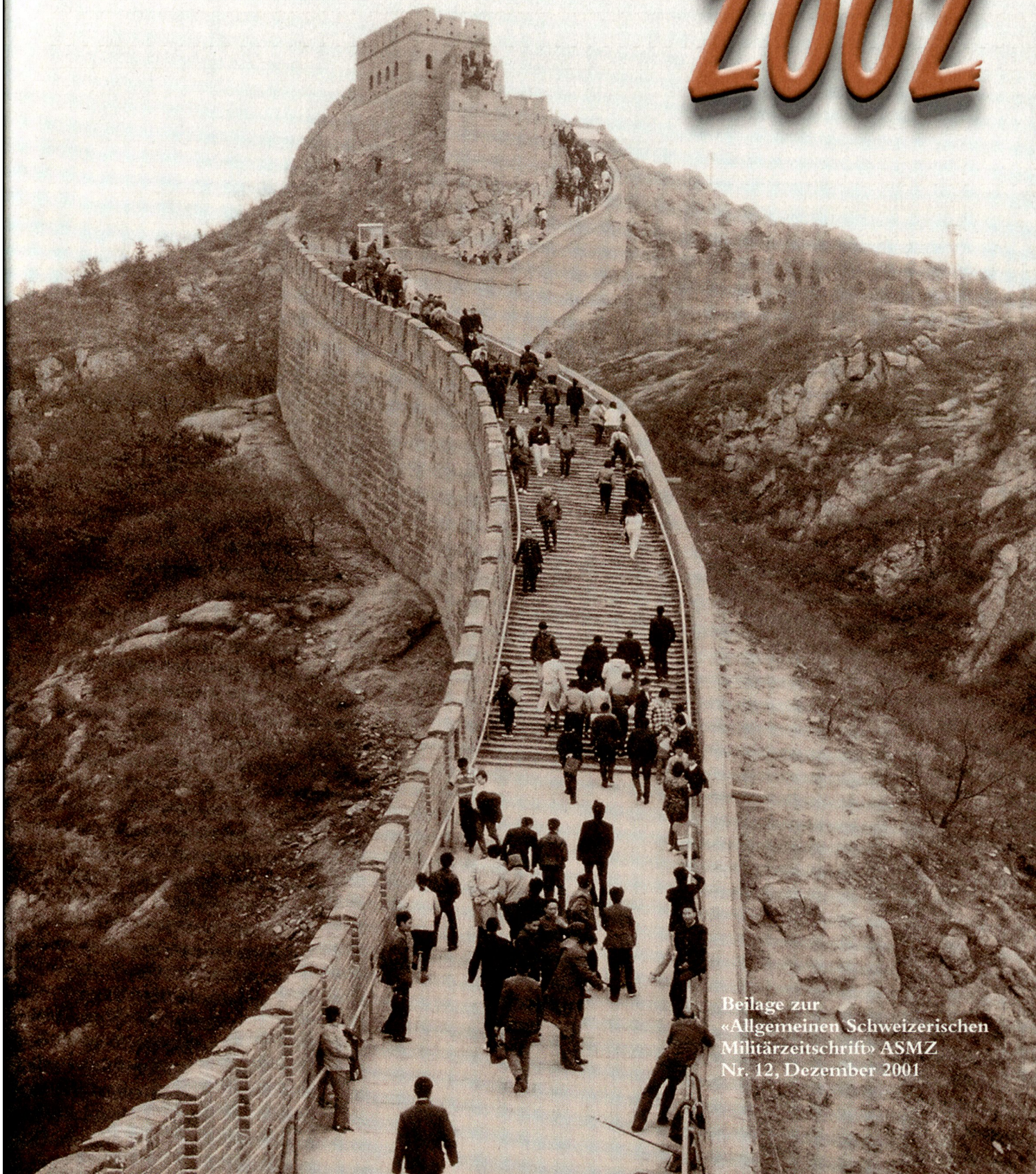
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Beilage zu PM 308 (Nr. 12, Dez. 2001, 167. Jg.)

Strategische Lage 2002



Beilage zur
«Allgemeinen Schweizerischen
Militärzeitschrift» ASMZ
Nr. 12, Dezember 2001

Die Russische Föderation 4

- Demokratie und Marktwirtschaft
- Organisierte Kriminalität
- Machtstrukturen
- Zustand der Streitkräfte
- Nuklearwaffen
- Die ökologische Katastrophe
- Kriege ohne Ende
- Die Beziehungen zur Ukraine und zum Kaukasus
- Die Zukunft Russlands

Zentralasien, Pakistan und die Indische Union 11

China: Regionalmacht mit Ambitionen 17

Europa wohin? 22

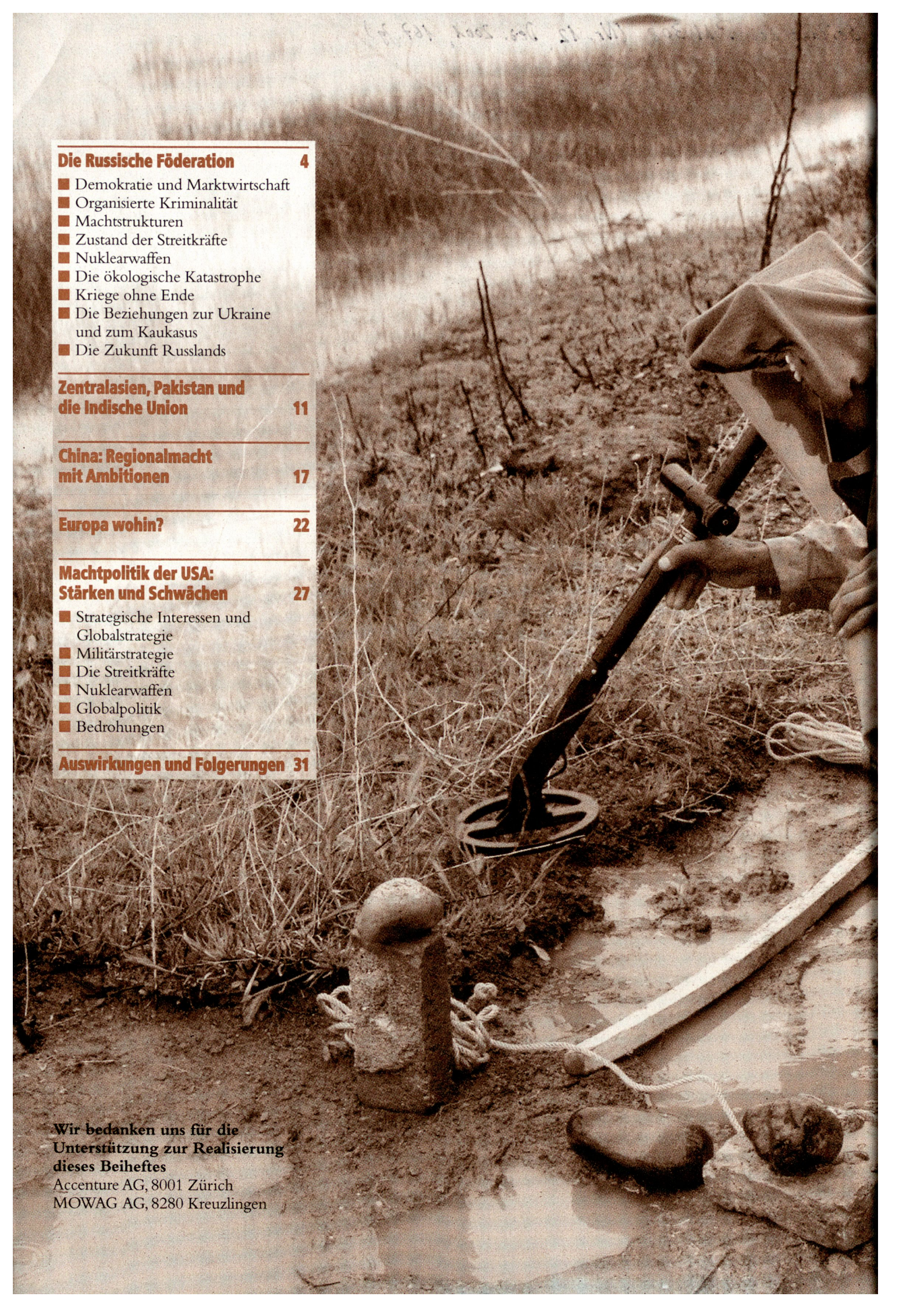
Machtpolitik der USA: Stärken und Schwächen 27

- Strategische Interessen und Globalstrategie
- Militärstrategie
- Die Streitkräfte
- Nuklearwaffen
- Globalpolitik
- Bedrohungen

Auswirkungen und Folgerungen 31

Wir bedanken uns für die Unterstützung zur Realisierung dieses Beiheftes

Accenture AG, 8001 Zürich
MOWAG AG, 8280 Kreuzlingen





Der Mensch sehnt sich nach Frieden, Ruhe und Stabilität. Dass die Wirklichkeit dieser Sehnsucht nicht gerecht wird, haben die Anschläge und der «War against Terrorism» aufgezeigt. Einige Faktoren fehlender Friedfertigkeit sollen in diesem Beiheft aufgezeigt werden. Damit verbunden ist auch die Beurteilung der strategischen Beziehungen zwischen Russland, Indien, China, Europa und den USA. Die «Allianz» zwischen diesen Machtpolen ist ein Zweckbündnis und dürfte deshalb vorübergehender Natur sein.
Albert A. Stahel



Titelbild:
Die Grosse Mauer
(1991).

Umschlagbild:
Nuklearangetrie-
benes Angriffs-
U-Boot (SSN)
(Einsatzverdrängung
7140 Tonnen).

Seiten 2 und 3:
Entminung in
Afghanistan (1995).

Herausgeber:
Huber & Co. AG
Grafische
Unternehmung
und Verlag
8501 Frauenfeld

Druck:
Huber & Co. AG,
8501 Frauenfeld

Die Russische Föderation

Demokratie und Marktwirtschaft

Noch bis 1995 waren die meisten Beobachter der russischen Verhältnisse der Auffassung, dass Russland sich früher oder später zu einer Demokratie mit einer funktionierenden Marktwirtschaft entwickeln würde. Vor allem Moskau erstrahlte nach den Jahrzehnten der kommunistischen Diktatur in neuem Glanz. Lenin wurde offiziell nicht mehr gehuldigt. Anstelle der kommunistischen Ideologie wurden die orthodox-russischen Kirchen renoviert.

Die USA und die EU verfolgten in der ersten Hälfte der Neunzigerjahre gegenüber Moskau eine konsequente Haltung. Die Führung der Russischen Föderation hatte sich von allen frühe-

ren Verbündeten der Sowjetunion zu verabschieden. Zu ihnen gehörten der Irak, Syrien, Libyen und Nordkorea. Allesamt wurden sie als Schurkenstaaten deklariert. Diese Abwendung hatte aber für Russland Konsequenzen. Die Einnahmen aus einschlägigen Geschäften fielen weg, und gleichzeitig mussten die Schulden dieser Staaten aus den früheren Waffenlieferungen abgeschrieben werden. Kuba, Vietnam, Syrien, Irak, Libyen, Indien, Afghanistan und die Mongolei waren mit 143 Milliarden Dollars bei der Sowjetunion verschuldet. Durch die UN-Sanktionen gegenüber Libyen, Irak und Jugoslawien erlitt Russland einen Verlust von fast 16 Milliarden Dollars. Mit Ausnahme von freundlichen Worten und Krediten der Weltbank und des

IWF erhielt Russland keine wirklichen Gegengeschäfte.

Zuerst unbemerkt von der Öffentlichkeit hat sich in der russischen Führung ab 1995 eine Abwendung von der Demuthaltung gegenüber dem Westen abgezeichnet. Russland hat kassiert die Geschäfte mit einem grossen Teil der früheren Geschäftspartner aufgenommen. Heute werden sie unverhohlen vollzogen. Bereits 1996 wurden die Waffenlieferungen Russlands auf 3,4 Milliarden Dollars beziffert. U-Boote und Transportflugzeuge wurden geliefert. Die wichtigsten Geschäfte dürften aber den Bereich der Nukleartechnologie betreffen. Die russische Atomlobby kooperiert heute mit China, Indien und dem Iran.

Neben den Lieferungen an die neualten Kunden bemüht sich Moskau um politische Bindungen zu diesen Staaten. Für die Eindämmung und als Gegenpol zum amerikanischen Vordringen in Europa, im Kaukasus und in Zentralasien verfügt Russland in Europa nur über Belarus und in Asien über den Iran und den Irak. Bereits 1996 hat der frühere Premier Ewgeni Primakow verschiedene Strategien zur Mobilisierung der Feinde der USA

Moskau:
Basilius-Kathedrale
(1996).





Moskau:
Lenin ist im Kreml
immer noch
anwesend (1991).

Moskau: die Mariä-
Himmelfahrt
Kathedrale
im Kreml (1991).



und damit der Schurkenstaaten formuliert. Zunächst wurde über eine strategische Allianz zwischen Russland, China und Indien nachgedacht. Da China sich dafür nicht erwärmen konnte, wurde der Iran als dritter Partner der Allianz eingeplant. Als Folge dieser Konzeption ist die russische Aussenpolitik auf die Intensivierung der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Annäherung an China, Iran, Nordkorea und Kuba umorientiert worden. Seit der zweiten Hälfte der 90er-Jahre, aber erst recht seit dem zweiten Tschetschenienkrieg, hat Russland sich von der Menschenrechtspolitik abgewendet.

Der 11. September hat Putin einen weiteren Strategiewechsel ermöglicht. Der russische Präsident erhofft sich von seiner «Allianz» mit den USA im «War against Terrorism» das Plazet der Amerikaner zu seinem Krieg gegen die «Terroristen» in Tschetschenien.

Organisierte Kriminalität

In der gegenwärtigen innen- und aussenpolitischen Entwicklung Russlands nimmt die Organisierte Kriminalität (OK) eine wichtige Rolle ein. Der Zerfall der politischen Autorität und der staatlichen Ordnung, die Auflösungserscheinungen des militärisch-industriellen Komplexes und auch der Streitkräfte haben die Macht der OK in Russland gefördert.

Die russische OK geht auf die Zarenzeit zurück. Die Zaren deportierten politische Gefangene und Verbrecher zusammen nach Sibirien. Das System der Deportation wurde durch Stalin zum System der Gulags weiterentwickelt. In den Gulags lieferte er die politischen Gefangenen den Kriminellen aus. Zu Beginn der 80er-Jahre erhielten einige der wichtigsten Anführer dieser kriminellen Banden unter Breschnew ihre Freiheit. Der KGB entliess

sie in die USA. Diese Kriminellen haben die erste Generation der russischen OK im Ausland begründet. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR sind weitere Kriminelle und Gangsterbosse frei geworden und haben sehr schnell – teilweise im Verbund mit den späteren Oligarchen – in Moskau die Kontrolle über ganze Wirtschaftszweige übernommen.

Seit 1990 hat sich die Zahl krimineller Organisationen verzehnfacht. Bereits 1990 – also vor dem Zusammenbruch – gab es 700 kriminelle Organisationen. 1995 sollen es 8000 gewesen sein. Mitte 1997 meldete das russische Innenministerium 9000 Gruppen mit mehr als 100000 Mitgliedern. Aufgrund der Schutzgeld-erpressungen, der Unterwanderungen von Unternehmen durch die Delegation von Mitgliedern in leitende Funktionen und des Erwerbs von Anteilen schätzen Experten den Einfluss der OK auf die russische Wirtschaft auf 50%. Dieser Einfluss dürfte zunehmen. Die Aktivitäten dieser Organisationen im Ausland, so z. B. in Deutschland, den USA und auch in der Schweiz, dürfen nicht unterschätzt werden.



Museum der
sowjetischen
Streitkräfte:
Kampfpanzer T-34
(1995).



Museum der
sowjetischen
Streitkräfte:
das Ende der
Sowjetarmee!

Machtstrukturen

Jelzin und seine Töchter dürften die Hauptverantwortlichen für den gegenwärtigen Zustand Russlands und für dessen Machtstrukturen sein. Jelzin hat sich auf die Oligarchen, die Bürokratie, den militärisch-industriellen Komplex und den Repressionsapparat gestützt. Die Förderung der Oligarchen ist teilweise auch für den Rückgang des Wirtschaftspotenzials verantwortlich. Die Privatisierung der Industrie und des Bankwesens führte nicht zur Effizienzsteigerung, sondern zum Entstehen von wenigen Finanz-Industrie-Konglomeraten, deren Chefs, die Oligarchen, riesige Gewinne erzielten und so Reichtum ansammelten. Die Förderung der Oligarchen ist auch der Grund, warum Jelzin das Organisierte Verbrechen Russlands nie ernsthaft bekämpft hat.

Der Sturz von Jelzin wurde durch die Oligarchie und die alten Seilschaften des KGB bestimmt. Die Wahl von Wladimir Putin ist kein Zufall. Putin dürfte durch die alten KGB-Beziehungen ausgewählt worden sein. Er verfügt über ausgezeichnete Kenntnisse der Deutschen und ihrer Mentalität. Die deutsche Wirtschaft ist für das Überleben der Russischen Föderation und ihrer Führungselite massgebend. Dass Putin kein unbeschriebenes Blatt ist und sogar über die Fähigkeit verfügt, Korruptionsfälle zu vertuschen, hat er bei einer Affäre des früheren Bürgermeisters Sobtschak von St. Petersburg bewiesen. Er und seine Freunde haben auch den zweiten Tschetschenienkrieg im Vorfeld des Wahlkampfes ausgelöst. Des Weiteren dürften verschiedene Manipulationen seine Wahl zum Präsidenten begleitet haben.

Der Effizienz der Politik Putins sind durch die Einnahmen des Staates Grenzen gesetzt. Der Anteil der Budgeteinnahmen am russischen Brutto-sozialprodukt ist gemäss den offiziellen



Russischer Flugplatz Zhukowsky: schwerer Bomber Tupolew T-142M ohne Zukunft! (1993).



Russischer Kampfhelikopter Mil Mi-24 HIND (1993).

Angaben von 14,9% 1993 auf 10,5% 1998 gesunken. Diese Verluste haben die Zentralgewalt geschwächt. Das Finanzsystem Russlands ist zerrüttet. Die Steuerpolitik ist unübersichtlich und die Steuermoral gleich Null. Des Weiteren gehen der Föderation durch Zollbetrug jährlich Milliarden von Dollars verloren. Da der Staat für die Gewährleistung der Sicherheit der Bürger kein Geld hat, übernehmen diese Funktion die Mafia und private Sicherheitsdienste. Gemäss einer amerikanischen Studie verliessen zwischen 1992 und 1997 zirka 140 Milliarden Dollars Russland.

Das fehlende Investitionsklima wirkt sich auf das Gesundheitswesen aus. Die Lebenserwartung eines Russen ist auf 59 Jahre gesunken. Eine Russin hat


eine Lebenserwartung von 73 Jahren. Zwei von drei Frauen leiden an einem Schwangerschaftsabbruch unter Komplikationen. Ein Drittel aller Frauen im gebärfähigen Alter stirbt an den Folgen von Abtreibungen. Dies bewirkt einen massiven Rückgang der Bevölkerungszahl. Trotz der Zuwanderung aus den GUS-Republiken hat die Bevölkerung Russlands 1997 und 1998 um 0,3% abgenommen. Es leben noch 146 Millionen Menschen in der Russischen Föderation.

Zustand der Streitkräfte

In den letzten Jahren wurde in den westlichen Medien immer wieder als Folge des Zustandes der Streitkräfte auf



Russischer AWACS: Ilyushin Il-76 MAINSTAY (1993).



Mehrzweckkampfflugzeuge Su-27
FLANKER der
Russian Knights
über Moskau (1993).

die Gefahr eines Putsches der russischen Generäle hingewiesen. Diesem Szenario steht die Tatsache gegenüber, dass historisch das russische Militär keine Tradition des Bonapartismus hat. In der Geschichte Russlands waren die Generäle immer treue Hofschranzen und Lakaien, die sich bei einem Umschwung als Wendehälse erwiesen. Dies dürfte auch heute noch der Fall sein.

Die Gefahren, die von den Streitkräften mit insgesamt einer Million Angehörigen ausgehen, sind anderer Art. Alexander Lebed, ehemaliger General und Gouverneur der Region Krasnojarsk, hat Ende Juli 1998 an den damaligen Regierungschef Kirijenko einen offenen Brief geschrieben. In diesem Brief bot er an, den Soldaten einer auf seinem Gebiet stationierten Division der strategischen Raketen-truppen den seit fünf Monaten ausstehenden Lohn zu zahlen und inskünftig den Sold regelmässig zu entrichten. Einzige Bedingung: die Streitkräfte der Region müssten ihm unterstellt werden. Welche Ziele Lebed im Detail verfolgte, kann nur vermutet werden, aber dieser Brief weist beispielhaft auf den Zerfall der Streitkräfte hin. Die bisherigen Reformen haben nicht gegriffen oder sind nicht in die Tat umgesetzt worden. Sollte die Zentralmacht zerfallen, dann werden die Regionen und Republiken die Macht über die Streitkräfte übernehmen.

Ein weiterer Hinweis auf den Zerfall der Streitkräfte ist auch der zweite Tschetschenienkrieg. Nur mit Mühe konnte die Armeeführung Truppen und Waffen für diesen Krieg zusammenkratzen. Obwohl die russische Rüstungsindustrie moderne Waffen produziert, verfügen die Streitkräfte über Waffen, die aus den Achtzigerjahren stammen. Die bisherigen Absichten über die Einführung neuer Waffensysteme und Kampfflugzeuge – z. B. Ablösung der Su-24 – oder die Modernisierung bestehender Waffen, wie z. B.

der Su-25, sind nicht umgesetzt worden. Dies bedeutet nicht, dass die vorhandenen Waffen von minderwertiger Qualität wären – der russische Schützenpanzer BTR-70 ist vielen westlichen Produkten überlegen. Der fehlende Ersatz bewirkt aber die Abnutzung und den Ausfall bisheriger Systeme.

Putin hat eine marginale Erhöhung der Verteidigungsausgaben angekündigt. Dies könnte zu einer Erneuerung führen. Der Modernisierung der Streitkräfte wirkt aber auch die eigene militärische Führung entgegen. Der Fall Kursk hat der Weltöffentlichkeit die Verlogenheit und Beschränktheit der russischen Generalität vordemonstriert. Diese ist nicht nur unfähig, auf Katastrophen zu reagieren, sie behindert aus purem Eigennutz auch die Bewältigung einer Katastrophe. Ein Teil der Generalität dürfte korrupt sein und in die eigenen Taschen wirtschaften. Putin wird wegen des Willens zur Machterhaltung diesen Augiasstall nicht ausmisten können. Eine verärgerte und dezimierte Generalität würde seine Politik sabotieren. Auch die Ablösung von Armeegenerälen durch KGB-Generäle dürfte langfristig wenig bewirken.

Nuklearwaffen

Zu den unterschätzten Problemen gehören die Kontrolle und der Unterhalt der strategischen Nuklearwaffen. Die Russische Föderation dürfte heute noch über vier Raketenarmeen mit 740 interkontinentalen ballistischen Lenkwaffen, 17 nuklearangetriebene U-Boote mit 280 ballistischen Lenkwaffen und 89 schwere Bomber sowie ein Raketenabwehrsystem mit 100 Lenkwaffen verfügen. Als Folge der fehlenden finanziellen Mittel kann der Alterungsprozess vor allem bei den land- und U-Boot-gestützten ballisti-

schen Nuklearwaffen nicht aufgehalten werden. Die fehlenden Finanzen sind für das Interesse der Armeeführung an einem weiterführenden Vertrag START III über die strategischen Nuklearwaffen bestimmend. Russland kann die alten Lenkwaffen wie die SS-18 nur in begrenztem Masse durch die neuen TOPOL-M2 ersetzen. Gleiches gilt auch für die U-Boot-gestützten ballistischen Lenkwaffen. Der Widerstand der Russischen Föderation gegen das Vorhaben der Bush-Administration, ein Raketenabwehrsystem zu implementieren, könnte auch in der Notwendigkeit zur Abrüstung der eigenen strategischen Nuklearwaffen begründet sein. Durch das Widerstandsmanöver wollen Putin und die Generäle verhindern, dass der Abschreckungswert des verkleinerten Arsenal Russlands gegen Null reduziert wird.

Unsicher ist die Situation bei den taktischen und operativ-taktischen Nuklearwaffen. Beim Zerfall der Sowjetunion wurde der Gesamtbestand des sowjetischen Arsenal auf 25 000 bis 30 000 Gefechtsköpfe geschätzt. Wie viele noch heute vorhanden sind, wissen nur Eingeweihte. Diese Waffenkategorie wird durch keine Abrüstungsverträge erfasst. Vor dem Zusammenbruch der UdSSR versuchte die NATO auch bei dieser Waffenkategorie, einen Abrüstungsprozess durchzusetzen. Vermutlich haben nach dem Zusammenbruch Lieferungen dieser Waffen ins Ausland stattgefunden. So wurden 1990 dem damaligen Präsidenten Afghanistans, Najibullah, über 700 SCUDs geliefert. Das iranische Raketenprogramm mit Shehab 3 (1000 bis 1500 km) und Shehab 4 beruht auf dem Transfer sowjetischer Mittelstreckenraketen SS-4 (Reichweite zirka 2000 km).

Weitere Probleme sind die ungenügende Lagerung Zehntausender nuklearer Gefechtsköpfe, Tausender

Tonnen spaltbaren Materials, inklusive Plutonium und hochangereichertem Uran, die Auflösung des nuklear-militärisch-industriellen Komplexes, mit hochspezialisierten, aber heute unter- oder unbezahlten Wissenschaftlern und Technikern.

Des Weiteren ist zu beachten, dass die gegenwärtige Militärdoktrin Russlands sich primär auf die Verfügbarkeit und den Einsatz der Nuklearwaffen abstützt. Erstens sind diese die einzigen Mittel, die den Anspruch, eine Grossmacht zu sein, stützen, und zweitens könnte Russland nur mit solchen Waffen einen grösseren konventionellen Angriff auf sein Territorium abwehren.

Die ökologische Katastrophe

Russland verfügt über verschiedene zivile und militärische Kernkraftwerke, die mangelhaft kontrolliert und gewartet werden. 11,4% der Elektrizität wer-

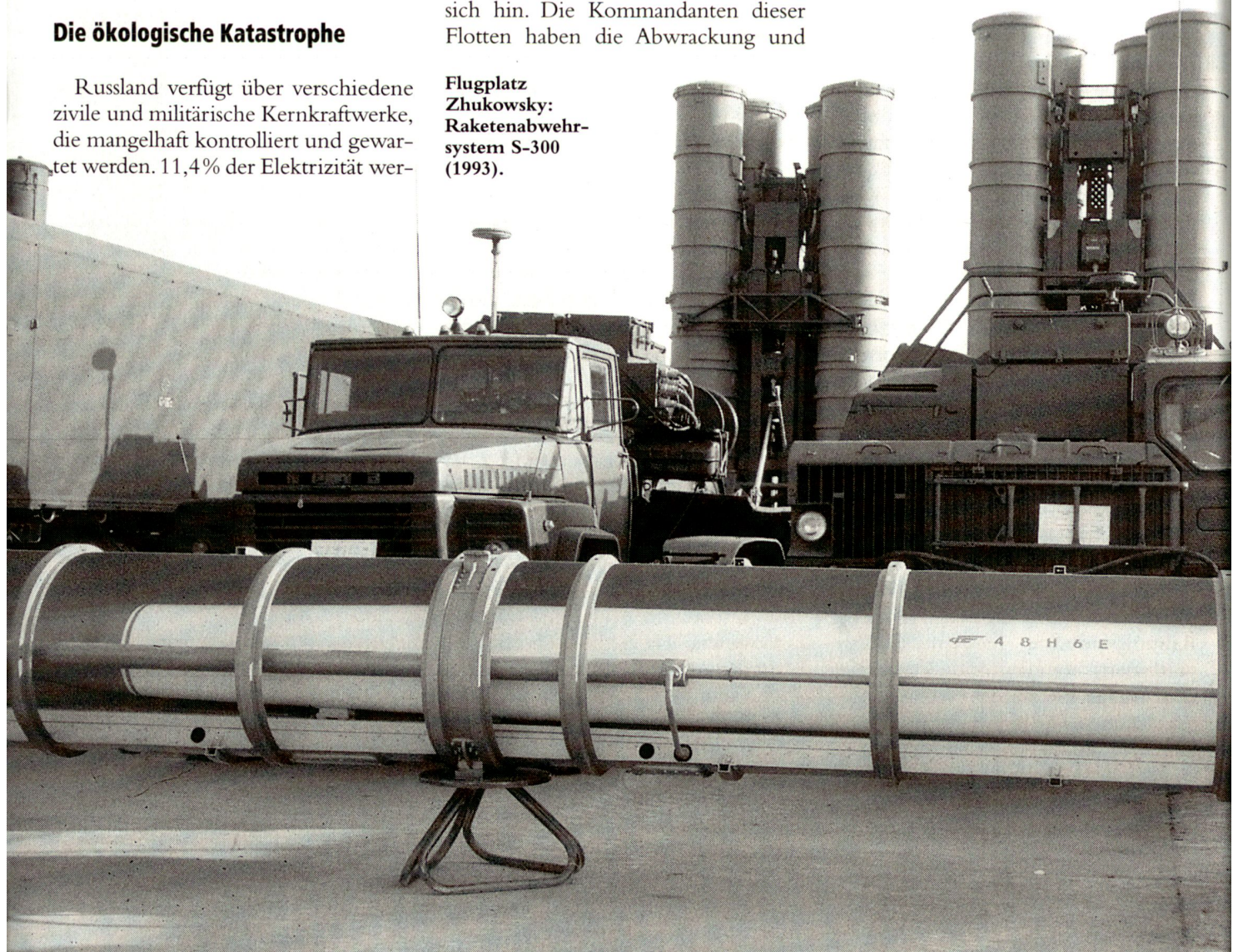
den in neun Kernkraftwerken mit 29 Reaktoren produziert. Ein Viertel dieser Kraftwerke liegt westlich des Urals. Zwölf dieser Reaktoren gehören zum gleichen Typ wie derjenige, der für die Katastrophe von Tschernobyl verantwortlich war. Die technischen wie auch die organisatorischen Sicherheitsmassnahmen sind unzureichend. Des Weiteren erfolgen nukleare Unfälle, Diebstähle und Schmuggel von spaltbarem Material, umweltbedrohende Entsorgung nuklearer Brennelemente ziviler und militärisch genutzter Reaktoren.

An den Docks der russischen Nordmeer- und Pazifikflotten rosten nuklearangetriebene Unterseeboote vor sich hin. Die Kommandanten dieser Flotten haben die Abwrackung und

Entsorgung der Nuklearabfälle durch das Kippen des Mülls ins Meer veranlasst. Zusätzlich belastet ist die Barentssee durch die Folgen der früheren oberirdischen nuklearen Testversuche. Auf der Insel Nowaja Semlja sind zu Beginn der 60er-Jahre Tests mit beinahe 100 Megatonnen TNT erfolgt.

Die Vernichtung der chemischen Kampfstoffe ist noch unzureichend. In der Föderation lagern 40 000 Tonnen chemische Kampfstoffe. Aufgrund der Konvention über das Verbot chemischer Kampfstoffe (1997 hat Russland diese Konvention ratifiziert) muss Russland diese Kampfstoffe beseitigen.

Flugplatz Zhukowsky: Raketenabwehrsystem S-300 (1993).



Für diese Beseitigung – bisher sind 400 Tonnen entsorgt worden – müsste Russland nach eigenen Schätzungen in den folgenden 10 bis 15 Jahren sechs Milliarden Dollars ausgeben.

Unklar ist der Stand der Forschung und Entwicklung biologischer Kampfstoffe in Russland. Bekannt ist heute, dass die sowjetische Militärführung in einem Krieg mit der NATO den Einsatz interkontinentaler Lenkwaffen SS-18 (RS-20) mit Milzbranderreger gegen Ziele in den USA plante.

Kriege ohne Ende

Seit jeher versuchen die russischen Machthaber bei internen Krisen sich durch die Auslösung von Kriegen im Ausland an der Macht zu erhalten. In den Neunzigerjahren hat das Jelzin-Regime eine ganze Reihe kleiner Kriege gefördert. Es gehören dazu der Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan, der Krieg zwischen Süd-Ossetien und der Zentralgewalt Georgiens, der Krieg zwischen Georgien

und der autonomen Republik Abchasien und die Tschetschenienkriege. Kriege auszulösen ist eines, sie aber zu beenden, ist ein anderes Thema. Gerade in Gebieten ohne Staatsgewalt und mit ethnisch-religiöser Zersplitterung ist dies beinahe nicht möglich. Beispiele hierfür liefert die Gegenwart. Können diese Kriege nicht beendet werden, dann tragen sie zur weiteren politischen und militärischen Schwächung und damit zur Auflösung Russlands bei.

Die Beziehungen zur Ukraine und zum Kaukasus

Ungelöst sind die Beziehungen Russlands zur Ukraine. Brzezinski hat in seinem Buch «Die einzige Weltmacht» zu Recht bemerkt, dass nur durch die Kontrolle der Ukraine Russland wieder sein Imperium errichten könnte. Die Trennung der Ukraine vom russischen Reich war 1992 für die Mächtigen in Moskau ein schmerzhafter Prozess. Seither sind die Moskowiter Herrscher bestrebt, diese Unabhängigkeit rückgängig zu machen.

Zunächst einmal stellt sich die Frage: Was ist die Ukraine? Wir haben es hier mit einem Staat der Grösse von Frankreich zu tun, in dem 50 Millionen Menschen leben. Von diesen sind 11 Millionen Russen, die im Osten der Ukraine, im Gebiet der Schwerindustrie des Donezk-Beckens wohnen. Der mittlere Teil mit der Hauptstadt Kiew, durchflossen vom Dnjepr, wird durch Ukrainer bewohnt, die teilweise russifiziert sind. Der Westen mit Lwow, dem alten Lemberg, ist das Kernland der ukrainischen Nationalisten.

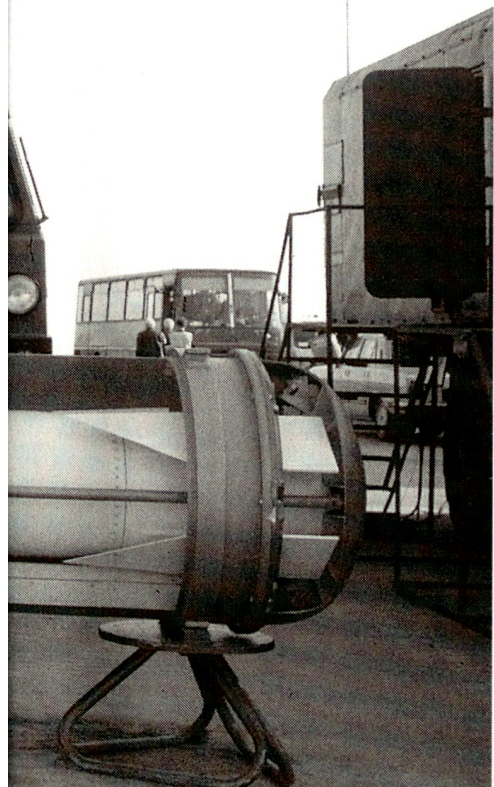
Die Ukraine ist aber für Russland nicht nur Teil der eigenen Geschichte, sondern auch Kornkammer und Produzent ziviler und militärischer Güter. In der Ukraine sind die sowjetischen Raketen SS-24 (RS-22) gebaut worden. Antonow, Hersteller von Trans-

portflugzeugen, ist in der Ukraine. Des Weiteren kontrolliert die Ukraine den grössten Teil der Schwarzmeerküste der ehemaligen UdSSR. Russland hat auch die Krim mit dem Hafen Sevastopol verloren; für eine Grossmacht ein inakzeptabler Zustand.

Wie kann Russland seinen Einfluss auf die Ukraine erhöhen bzw. zurückgewinnen? Zunächst rechnet Moskau mit den 11 Millionen Russen, die als Störfaktor eingesetzt werden können. Gleiches trifft für die Krim-Russen zu, deren Streben nach Autonomie Kiew mit den Krim-Tartaren konterkariert. Die Ukraine kämpft mit noch grösseren wirtschaftlichen Schwierigkeiten als Russland. Die Privatisierung ist nur unvollständig erfolgt. Der OK ist es gelungen, wesentliche Teile der Wirtschaft zu übernehmen. Betreffend die Energieversorgung ist die Ukraine von Russland abhängig. Was liegt näher, als die Schulden aus den Erdgaslieferungen für Erpressungen einzusetzen? Militärisch ist die Ukraine ein zu schwerer Brocken. Die Ukraine verfügt über eine Streitmacht von 303 800 Mann, die mit den Waffen der ehemals zweiten Staffel der UdSSR ausgerüstet sind. Die zweite Staffel verfügte über modernere Waffen als die Streitkräfte im Kerngebiet der UdSSR.

Die strategische Bedeutung der Ukraine für den Westen wie auch für Russland hat die NATO nach und nach erkannt. Die Bundesrepublik Deutschland wurde schon sehr früh aktiv. Die USA haben lange Zeit kein Interesse an Kiew gezeigt. Erst als sich die Abkühlung der Beziehungen mit Moskau abzeichnete, sind die Beziehungen der NATO zur Ukraine im Rahmen der PFP intensiviert worden. Die ukrainischen Streitkräfte sind mit Einheiten in Bosnien und im Kosovo präsent.

Benachbart zur Ukraine ist der Kaukasus und Transkaukasus. Der Kaukasus ist das Bindeglied zwischen Kleinasien



und Zentralasien, zwischen Südrussland, dem Schwarzmeer und dem Kaspischen Meer. Gleichzeitig aber trennt der Kaukasus diese Räume voneinander. Um den Kaukasus führten bis in die neuere Zeit die Russen, die Osmanen und die Perser gegeneinander Kriege. Erst Mitte des 19. Jahrhunderts ist den Zaren die vollständige Unterwerfung des Kaukasus und des Transkaukasus und damit die Eroberung der Verbindung zwischen Schwarzmeer und Kaspischem Meer gelungen. Seit dem Zerfall der UdSSR werden im Sinne von Keeping die Karten um den Kaukasus neu gemischt. Während die Türkei über den Transkaukasus einen Brückenkopf nach Zentralasien errichten will, wollen dies Russland und der Iran verhindern. Neben der Brückenkopffunktion ist der Kaukasus auch wichtig für den Transport des Erdöls aus Aserbaidschan und dem Kaspischen Meer. Die Clinton-Administration wollte für den Transport dieses Erdöls eine Pipeline über die Türkei an den Mittelmeerhafen Ceyhan bauen lassen. In einem ersten Schritt ist auch die bestehende Pipeline über Georgien ausgebaut worden. Russland will aber dieses Erdöl nach wie vor über sein Territorium transportieren und hat deshalb unter Umgehung von Grosny

die Pipeline nach dem Schwarzmeerhafen Noworossisk erneuert und ergänzt. Putin hat dadurch die USA ausmanövriert.

Des Weiteren ist der Kaukasus einer der beiden Transportrouten für das afghanische Heroin nach Europa. Zudem wird sowohl im Kaukasus wie auch im Transkaukasus ein schwunghafter Waffenhandel betrieben.

Die Zukunft Russlands

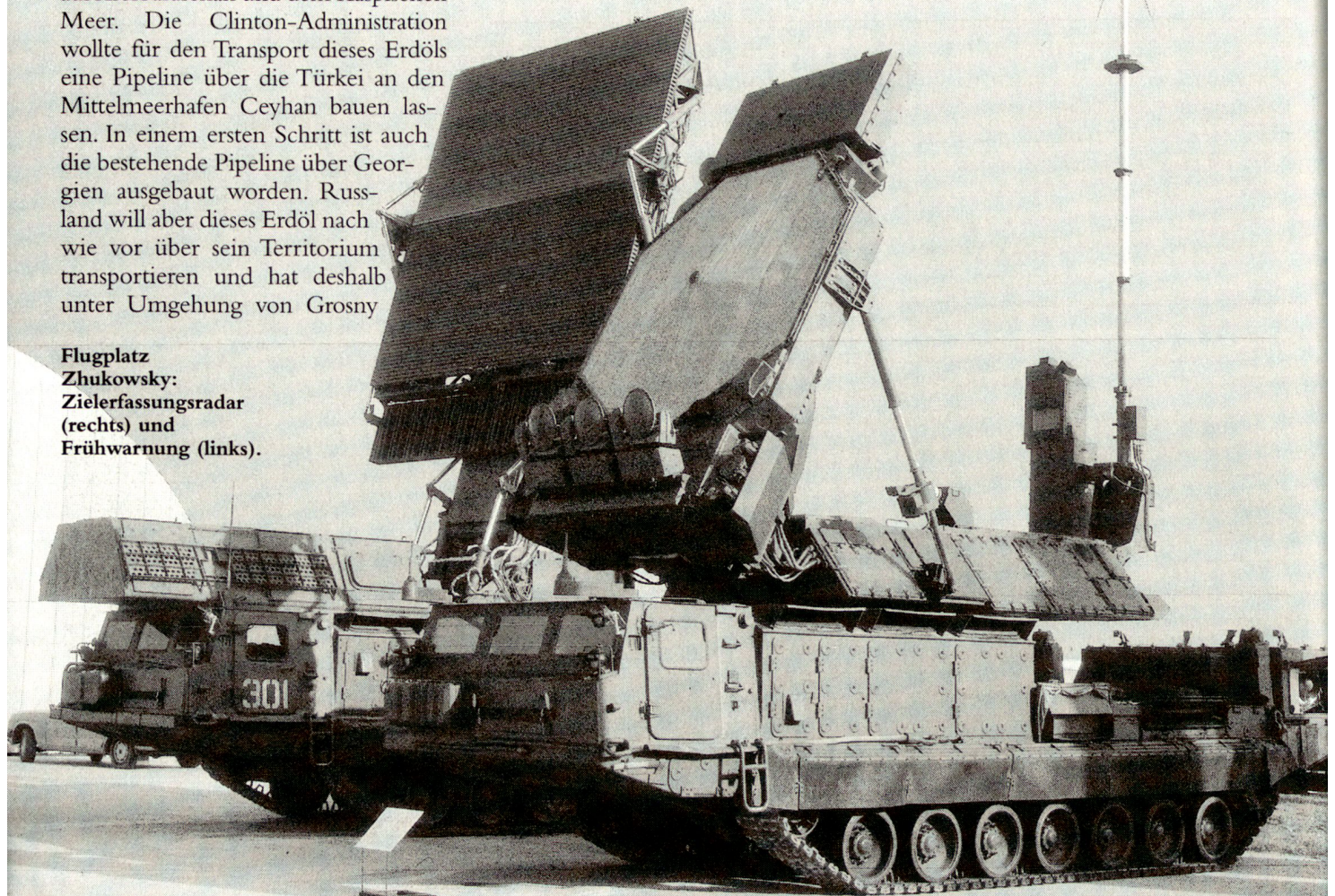
Seit 1992 pendelt das Schicksal Russlands zwischen zwei Szenarien:

1. Errichtung einer Diktatur in Moskau auf der Grundlage des grossrussischen Nationalismus und Pan-slawismus;
2. weitergehender Zerfall des Staates und der Armee und damit Ato-

misierung der Russischen Föderation in verschiedene Kleinstaaten.

Heute sieht es so aus, als wenn die Russische Föderation den ersten Weg beschreiten würde. So wird z.B. die Pressefreiheit sukzessive eingeschränkt. Grundsätzlich ist aber die Zukunft Russlands noch nicht entschieden. Putin hat wohl den Einfluss seiner ehemaligen KGB-Kollegen auf die Politik und die Streitkräfte erhöht, aber das Riesenland hat er dadurch noch nicht stabilisiert. Nach wie vor kämpft er mit wirtschaftlichen und finanziellen Problemen und den Auswirkungen des nicht beendeten Tschetschenienkrieges. Durch den Beitritt zur Allianz «War against Terrorism» erwartet Putin auch Finanz- und Wirtschaftshilfe vom Westen zur Abwendung des zweiten Szenarios. ■

Flugplatz
Zhukowsky:
Zielerfassungsradar
(rechts) und
Frühwarnung (links).



Zentralasien, Pakistan und die Indische Union

Zentralasien wurde in der Geschichte ein einziges Mal politisch geeint. Der Gewaltherrscher Tamerlan, genannt Timurlenk (1336–1405), errichtete seine Herrschaft im Bestreben, das Reich Dschingis Khans zu erneuern, über ganz Zentralasien und die umliegenden Gebiete. Er drang bis nach Ankara und Delhi vor. Mit Grausamkeit unterwarf er die verschiedenen Völker. Samarkand wurde zur Hauptstadt des Reichs, das nach seinem Tod zerfiel. Zentralasien wurde unter den Nachbarstaaten aufgeteilt. Die südlichen Gebiete gerieten unter den Einfluss des Irans, das bis ins 19. Jahrhundert die Kultur Zentralasiens bestimmte. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts unterwarf sich das zaristische Russland die verschiedenen Khanate Zentralasiens. Heute gilt dieser Raum, der unterbevölkert ist und durch autokratische Präsidenten regiert wird, aufgrund seiner Rohstoffe als Eldorado der Zukunft.

Auch in der Gegenwart ist der Iran mit Zentralasien eng verbunden. Dies gilt vor allem für Turkmenistan. Seit dem Tod des Ayatollah Khomeini ist die politische Zukunft des Irans ungewiss. Nur durch die Überwindung des theokratischen Regimes wird der Iran den Anschluss an die Technik und Wirtschaft des Westens erreichen. Erst durch diesen Zugang könnte sich der Iran zu einem modernen Staat entwickeln.



Iran: Kranzniederlegung am Grab von Ayatollah Khomeini (1989).



Zerstörter
Regierungsposten
in der Nangarhar-
Provinz (1989).



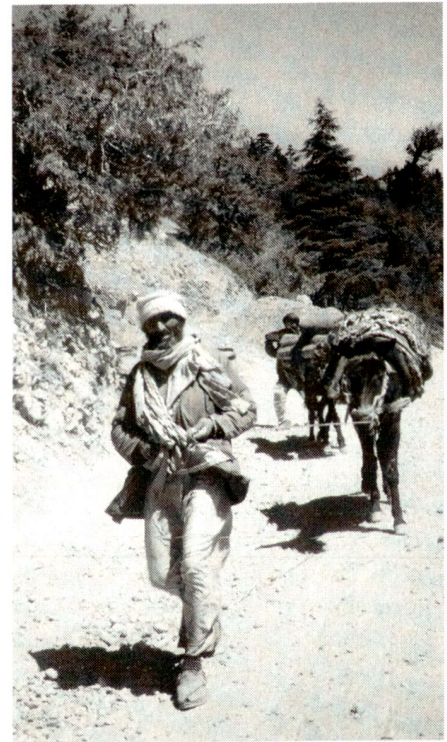
Soldat des
Najibullah-Regimes
vor dem
Regierungsgebäude
in Kabul (1990).



Iran: Grab von
Ajatollah Khomeini
(1989).



Die Zukunft Zentralasiens ist aber durch den Krieg gegen Afghanistan belastet. Dieser Staat hat eine Schlüsselstellung zwischen dem indischen Subkontinent, dem Iran und Zentralasien inne. Als Folge des Einmarsches der 40. Armee der UdSSR am 24. Dezember 1979 ist die politische Struktur, der kulturelle Zusammenhalt und die Wirtschaft dieses schönen Landes zerstört worden. Der Elite und den verschiedenen Ethnien wurde eine total fremde Ideologie mit einem abstrusen Regime aufgezwungen. Der Widerstand der Afghanen zog sich über mehrere Jahre hindurch. Drittstaaten wie China, die USA und verschiedene arabische Staaten haben Geld und Waffen in dieses Land hineingepumpt. Die militärischen Erfolge der Mujaheddin dürften wesentlich zum Zerfall der



Durch die Mujaheddin erobertes Schützenpanzer BTR-60 (1989).



**Oben:
Kabul 1995.**

**Links:
Mujaheddin (1989).**

**Rechts:
Nachschub für die
Mujaheddin über
Paiwar nach Gardez
(1989).**

UdSSR beigetragen haben. Leider ist durch den Sturz des Najibullah-Regimes 1992 der Krieg in Afghanistan nicht beendet worden. Zuerst tobte von 1992 bis 1993 ein Krieg zwischen den verschiedenen Fraktionen um Kabul. Ab 1994 versuchten die Taliban, eine Organisation, die in Pakistan in den Koranschulen gebildet wurde und mehrheitlich aus Paschtunen besteht, das gesamte Land zu erobern. Probleme des Landes, wie Minen, sind nie beseitigt worden. Das Hauptopfer der seit 1979 gegen Afghanistan geführten Kriege sind die Kinder und damit die Zukunft des Landes. Auch die Kultur dürfte definitiv zerstört sein.

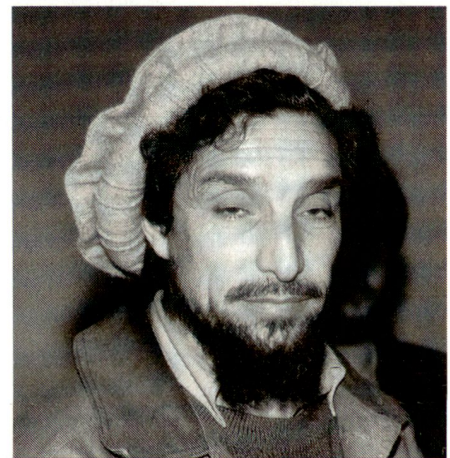
Ein weiteres Erbe des Krieges in Afghanistan ist die Opium- und Heroinproduktion, die vor allem seit 1995 ununterbrochen zugenommen hat. Afghanistan dürfte weltweit das grösste Anbaugelände für Mohn sein. Sowohl das Taliban-Regime wie auch die Nord-Allianz haben bis heute vom Drogenanbau und -handel profitiert. Dieser Handel war auch eine der wichtigsten Finanzquellen des Saudi Osama Bin Laden. Dieser gilt als Urheber der Anschläge in den USA.

Seit ihrer Unabhängigkeit haben Indien und Pakistan seit 1947 drei grössere Kriege geführt. Zweimal war das Streitobjekt Kaschmir. Im letzten Krieg trennte Indien militärisch Bangladesch von Pakistan ab. Seither ist Pakistan in der regionalen Bedeutung gesunken. Beide Staaten bemühen sich, die Politik des Rivalen zu durchkreuzen und die internen Probleme des anderen für sich auszunutzen. Während Indien die verschiedenen Separatisten in Pakistan – die Belutschen und die Paschtunen – unterstützt, fördert Pakistan die Muslime in Indien und den Separatismus der Shiks. Die Indische Union hat in Afghanistan die Nord-Allianz unterstützt, und Pakistan hat zur Bildung der Taliban seinen Beitrag geleistet. Beide



Sowjetische Gebirgskanonenhaubitze 76 mm M-69 (1989).

Kommandant Ahmad Shah Mahsud in Kabul (1995). Als Folge eines Attentats am 13. September 2001 verstorben.



Elternlose Kinder in Kabul (1995).



Staaten sind mit einem konventionellen Rüstungswettlauf konfrontiert. Die Indische Union verfügt über eine Berufsstreitmacht von 1 263 000 Mann, und Pakistan hat eine aktive Armee von 620 000 Mann.

Seit den nuklearen Tests vom Mai 1998 haben Indien und Pakistan offiziell den Status von Nuklearmächten erlangt. Die Ursachen für diese Tests waren nicht die Gleichen. Für Indien ist seit den 60er-Jahren China der Rivale. China hat ab den Sechzigerjahren sein Nuklearpotenzial ausgebaut. Für Indien war dies eine Herausforderung, die zum Aufbau eines eigenen Nuklearprogramms führen musste. Die Raketentechnologie dazu dürfte die Indische Union aus der früheren UdSSR erhalten haben. Pakistan hat auf das indische Programm reagiert, selbst Raketen entwickelt und mit



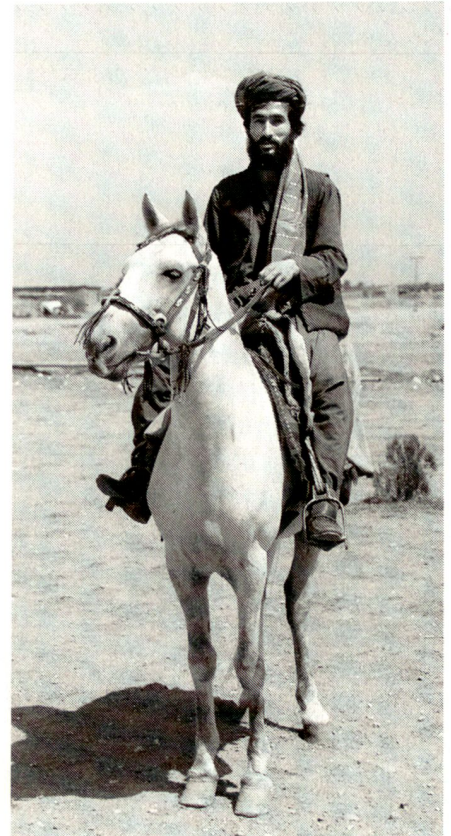
**Ausgebrannter
Kampfpanzer in
Kabul (1995).**

Indien zeitgleich seine nuklearen Tests durchgeführt.

China dürfte als Gegner von Indien Pakistan mit Raketen- und Nukleartechnologie beliefert haben. Pakistan dürfte auch durch Nordkorea unterstützt worden sein. Ein Nebeneffekt der pakistanischen Tests könnte ein Technologietransfer an den Iran und an Libyen sein. Nach jahrelanger Vernachlässigung ist Pakistan wegen des Feldzugs gegen den Terrorismus für die USA wieder wichtiger geworden. Allerdings besteht die Gefahr, dass

**Kinder:
die Zukunft
Afghanistans
(1985).**

**Afghanischer
Reiter (1985).**



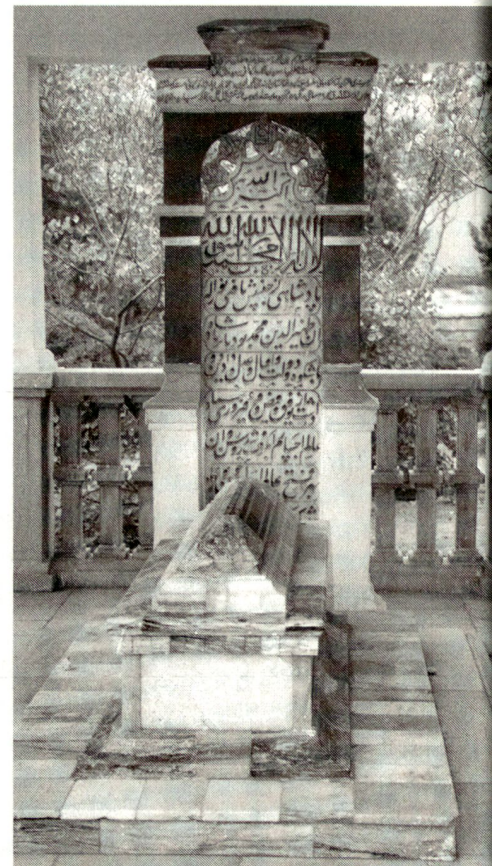
Pakistan dadurch destabilisiert werden könnte.

Die Verfügbarkeit von Nuklearwaffen durch Indien und Pakistan trägt nicht gerade zur Stabilität auf dem indischen Subkontinent bei. Die Probleme und Konflikte auf dem indischen Subkontinent sind die Gleichen geblieben. Nach wie vor wird Kaschmir durch beide Staaten beansprucht. Nach wie vor will Indien die Vorherrschaft über den Subkontinent, und nach wie vor stehen zwischen Indien und Pakistan ernsthafte religiöse Spannungen. «The Great Game» von Keipling wird heute fortgesetzt. Die Gefahr ist allerdings die, dass dieses Spiel eines Tages nicht nur mit weitreichender Artillerie, sondern auch mit Nuklearwaffen ausgetragen würde. In Europa wenig bekannt ist die Tatsache, dass die letzte grosse Dynastie Indiens, die Mogul-Kaiser, aus Zentralasien stammen. Das Grab ihres Begründers, des Timuriden Babur, liegt übrigens in Kabul.



Darra im paschtunischen Stammesgebiet Pakistans: Waffenherstellung und -verkauf (1989).

Das Grabmal des Timuriden Babur (1483–1530), des Gründers der Mogul-Dynastie Indiens (1526–1858), in Kabul (1990).



Das Reich der Mitte und die Welt von morgen!

China: Regionalmacht mit Ambitionen

Die Geschichte und Kultur Chinas sind mindestens vier Jahrtausende Jahre alt. Dies ist in China überall sichtbar. Allein die Hauptstadt Chinas ist mit Zeugnissen der Vergangenheit übersät. Eines der eindrucklichsten Zeugnisse dieser Vergangenheit ist die Grosse Mauer. Als einer ihrer Begründer gilt der erste Kaiser Chinas, Qin Shi Huangdi. Den Kontrapunkt zu dieser Geschichte bilden Städte wie Schanghai, die sich als hypermodern geben und bald jede europäische Stadt in den Schatten stellen werden. Diesem beinahe ungebremsten Drang zur Modernisierung der Wirtschaft, der Industrie und der Gesellschaft steht wieder die Schönheit ganzer Regionen entgegen. Die Kosten für die Modernisierung sind enorm. Einerseits nimmt die Belastung der Umwelt in gleichem Masse zu, andererseits wird die traditionelle Struktur der Familie entscheidend geschwächt. Für die fortschreitende Modernisierung fehlen aber auch die notwendigen Energiequellen, die sich China früher oder später ausserhalb seiner Grenzen wird beschaffen müssen.

Des Weiteren nimmt die Nutzfläche und das Wasser für die Versorgung der Bevölkerung ab. Der Umfang der Bevölkerung mit 1,255 Milliarden Menschen ist für China beinahe nicht verkraftbar. Die Versorgung dieser grossen Bevölkerung belastet auch die Restrukturierung der Staatsindustrie. Eine zu schnelle Modernisierung der Schwerindustrie könnte sehr schnell zu einer hohen Arbeitslosigkeit führen.

China verfügt mit 2,31 Millionen Soldaten über eine der grössten Armeen der Welt. Durch die Kürzung der Bestände will China seine konventionellen Streitkräfte modernisieren. Diese sind immer noch mit veralteten Waffen ausgerüstet. Zielstrebig rüstet China deshalb seine Streitkräfte mit russischen Waffen aus. China ist aber auch eine Nuklearmacht. Sein Nuklearpotenzial ist im Vergleich zu jenen der USA und Russlands bescheiden. China verfügt über 20 ballistische Lenk Waffen des interkontinentalen Bereichs (Reichweite mehr als 8000 km). Für Einsätze im kontinentalen Bereich (1800 bis 5000 km) verfügt es über 150



Schanghai (1999).

Beijing:
Kaiserpalast (1991).



Seoul: sowjetischer Kampfpanzer T-34 aus dem Koreakrieg (1950–53) (2000).

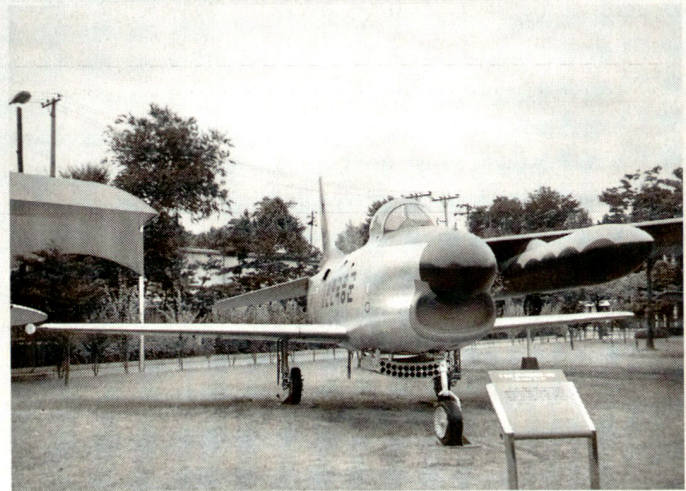


ballistische Lenkwaffen. Mit diesen kann aber z.B. das Territorium der USA nicht erreicht werden. Des Weiteren verfügt China über ein nuklearangetriebenes U-Boot mit ballistischen Lenkwaffen. Weitere 50 Lenkwaffen haben nur eine Einsatzreichweite von 120 bis 600 km. Bis China zu einer militärischen Herausforderung für die USA werden könnte, werden noch mehrere Jahrzehnte vergehen.

Für die kommenden Jahre dürfte China zwei aussenpolitische Ziele verfolgen. Zur ersten Priorität gehört die Rückführung Taiwans zum Mutterland. Militärisch ist allerdings Taiwan mit seiner modernen Streitmacht (370 000 Angehörige) nicht einfach zu erobern. Des Weiteren dürfte die Insel weiterhin auf den Schutz der US Navy rechnen.

Das zweite Ziel ist die Beherrschung des südchinesischen Meeres. Mit diesem Ziel will China die Spratly Islands mit ihren Erdölvorkommen übernehmen. Im Pazifik muss China mit dem Widerstand der USA rechnen, die Taiwan schützen und mit Japan ein

Seoul: North American F-86K Sabre (2000).



Panmunjom: DMZ zwischen Nord- und Südkorea (2000).



Bündnis haben. Vorderhand nützen die Herrscher Chinas durch den Beitritt zur Allianz gegen den Terrorismus die Gunst der Stunde aus. Sie haben einen Freipass gegen die Separatisten in Tibet und in Sinkiang erhalten.

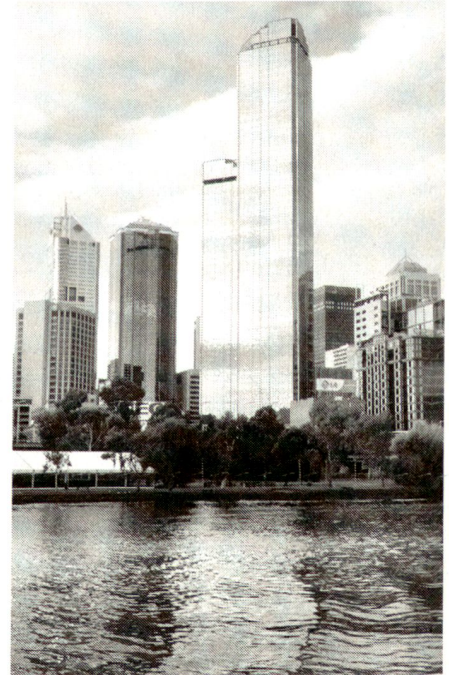
Japan ist aufgrund seines Bündnisses mit den USA und seiner modernen Streitkräfte (239800 Frauen und Männer) für China ein harter Brocken. Sollten die USA ihre Bündnisverpflichtung gegenüber Japan aufgeben, so müsste China sogar mit einer nuklearen und konventionellen Aufrüstung Japans rechnen.

Die anderen Staaten Asiens könnten ohne den Schutz der USA China wenig Widerstand entgegensetzen. Dies trifft insbesondere für Südkorea zu. Die Südkoreaner haben die Chinesen im

Guilin (1999).



**Panmunjom:
Swiss Camp (1994).**



**Victoria:
Melbourne (1998).**

**New South Wales:
Sydney
(Harbour Bridge)
(1998).**





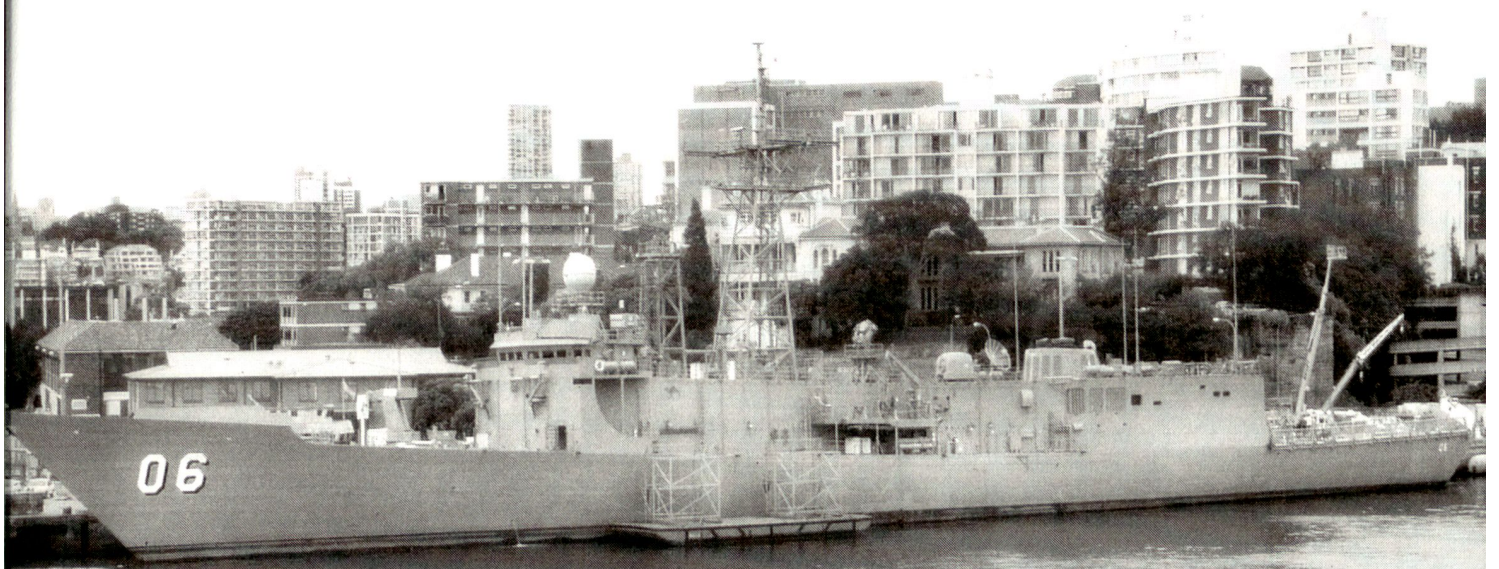
Victoria:
Die zwölf Apostel
(1998).

Koreakrieg kennen gelernt. Trotz seinen sehr modernen Streitkräften mit 683 000 Mann ist Südkorea auf die Anwesenheit der amerikanischen Einheiten mit 36 520 Soldaten und Soldatinnen für die Abschreckung der nordkoreanischen Streitkräfte (1 082 000 Frauen und Männer) angewiesen. China versucht Südkorea aus politischen und wirtschaftlichen Gründen mit verschiedenen Mitteln an sich zu binden. Dazu gehört auch das Versprechen der Überwindung der Teilung der Halbinsel.

In Südostasien wird sich Vietnam nur schon aus historischen Gründen nie mit einer Vorherrschaft Chinas abfinden können. Militärisch dürfte Vietnam auf die Dauer kein ernsthafter Gegner Chinas sein. Aus diesem Grunde versucht die gegenwärtige US-Administration das Beziehungs- und Bündnisnetz in Asien zu verstärken. Dazu gehört auch das Bündnis mit Australien, das aufgrund seiner geographischen Lage in Südostasien eine wichtige Funktion einnimmt. Für seine «friedenserzwingenden» Einsätze verfügt

Sydney: Royal Australian Navy (RAN): Zerstörer D 38 PERTH (ex-US DDG 25) (Einsatzverdrängung 3472 Tonnen) (1998).





Sydney:
RAN Fregatte F 06
NEWCASTLE
(Einsatzverdrängung
3073 Tonnen) (1998).

Australien nur über ein kleines Heer mit 24 150 Frauen und Männern. Dieses wird aber, wie die Navy und die Air Force, modernisiert. Für weit reichende Einsätze verfügt Australien über insgesamt 30 Kriegsschiffe. Das wichtigste Mittel für die strategische Unterstützung der USA im östlichen Asien – der Schutz Südostasiens und die Verteidigung Taiwans – ist die Air Force mit 35 schweren Jagdbombern F-111 und 71 Jagdbombern F/A-18A/B.

In den restlichen Teilen Asiens könnten nur Russland und Indien den Ambitionen Chinas einen echten Widerstand leisten. Ein weiterer pazifischer Staat, der für die Bestimmung der Machtkonstellation im Pazifik einen entscheidenden Einfluss ausübt, ist Kanada. Viele reiche Hong-Kong-Chinesen haben sich in Vancouver niedergelassen. Diese Stadt weist heute ein ausgeprägtes asiatisches Gepräge auf. Für die USA ist Kanada ein zuverlässiger Partner. Kanada dürfte für die USA im Ringen um die Macht im Pazifik in Zukunft noch wichtiger werden.



Sydney:
RAN Zerstörer D 41
BRISBANE
(ex-US DDG 27)
(1998).



Vancouver,
British Columbia:
Totem Poles
(Stanley Parks)
(2001).

Krisenherde ohne Ende!

Europa wohin?

Als Krisenregion Europas wird immer wieder der Balkan bezeichnet. Dieser Raum ist einer der vielen Krisenherde, mit denen Europa konfrontiert ist. Weitere Krisenherde sind der Mittlere Osten, das Mittelmeer und das Baltikum.

Gegenwärtig führen uns Israeli und Palästinenser die Instabilität des Mittleren Ostens vor Augen. Hass, Elend, Frustration und Rassismus sind die Symptome. Diese Auseinandersetzung wird durch den Kampf um Wasser und die Intoleranz und Überheblichkeit noch verstärkt. Es bleibt die Hoffnung, dass in Zukunft Vernunft und Toleranz in diesem Teil des fruchtbaren Halbinsel wieder einkehren werden können.

Die Konflikte im Mittleren Osten sind aber nicht allein auf Palästina beschränkt. Die Königreiche und Emirate auf der arabischen Halbinsel sind nicht nur marode, sondern wie es der Golfkrieg von 1991 demonstriert hat, unfähig, sich selbst zu verteidigen. Sie zahlen den Amerikanern, damit diese sie schützen, Tribut in der Form von Stützpunkten und billigem Rohöl.

Ein latentes Pulverfass dürfte die Übervölkerung Ägyptens sein. Die USA unterstützen dieses Land und seine Herrscher beinahe im gleichen Masse wie Israel.

Jordanien weist eine palästinensische Mehrheit auf. Die Wirtschaft ist auf die finanzielle Unterstützung der Saudis angewiesen, die dem König auch seine Beduinen-Armee finanzieren.

**Bosnien-
Herzegowina 1994:
Mostar
(Herzegowina).**



Das syrische Regime basiert auf der religiösen Minderheit der Alewiten. Die Mehrheit der syrischen Bevölkerung bekennt sich aber zur Sunna. Sollte die Armee eines Tages das Regime nicht mehr unterstützen, dann wäre dies das Ende der Alewiten-Herrschaft.

Der Irak ist als Folge des Krieges und des Boykotts verarmt. Das Regime steht in Konfrontation zur schiitischen Mehrheit des Landes und zu den Kurden im Norden. Saddam Hussein wird so lange an der Macht bleiben, bis er durch die USA in einem Krieg bezwungen und beseitigt wird.

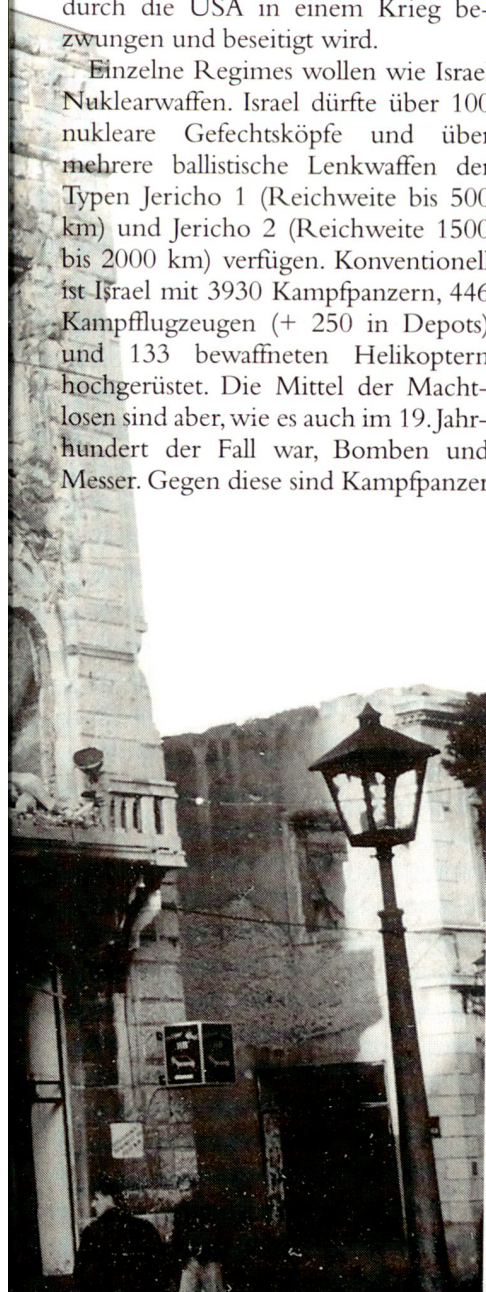
Einzelne Regimes wollen wie Israel Nuklearwaffen. Israel dürfte über 100 nukleare Gefechtsköpfe und über mehrere ballistische Lenkwaffen der Typen Jericho 1 (Reichweite bis 500 km) und Jericho 2 (Reichweite 1500 bis 2000 km) verfügen. Konventionell ist Israel mit 3930 Kampfpanzern, 446 Kampfflugzeugen (+ 250 in Depots) und 133 bewaffneten Helikoptern hochgerüstet. Die Mittel der Machtlosen sind aber, wie es auch im 19. Jahrhundert der Fall war, Bomben und Messer. Gegen diese sind Kampfpanzer



und Flugzeuge beinahe wirkungslos. In den besetzten Gebieten ist Israel mit einem asymmetrischen Krieg konfrontiert, den es mit seiner hochgerüsteten Armee nicht gewinnen kann.

Für Südeuropa ist Nordafrika mit Algerien und Marokko der Konflikt-herd. Der Bürgerkrieg in Algerien ist nicht beendet. Neben der Übervölkerung und der hohen Arbeitslosigkeit sind die Mächtigen Algeriens mit den Unruhen unter den Berbern konfrontiert. Marokko dient als Durchgangsland für Wanderbewegungen aus Schwarzafrika. Über Marokko gelangen Auswanderer nach Spanien, wo sie auf den Plantagen ausgebeutet werden, bis sie später nach Norden weitergeschoben werden. Das östliche Mittel-

Bosnien-Herzegowina 1994: Ruinen, soweit das Auge reicht in Mostar (Herzegowina).





Oben: Bosnien-Herzegowina 1994: Moschee in einem verlassenen Bergdorf in der Nähe von Konjic.

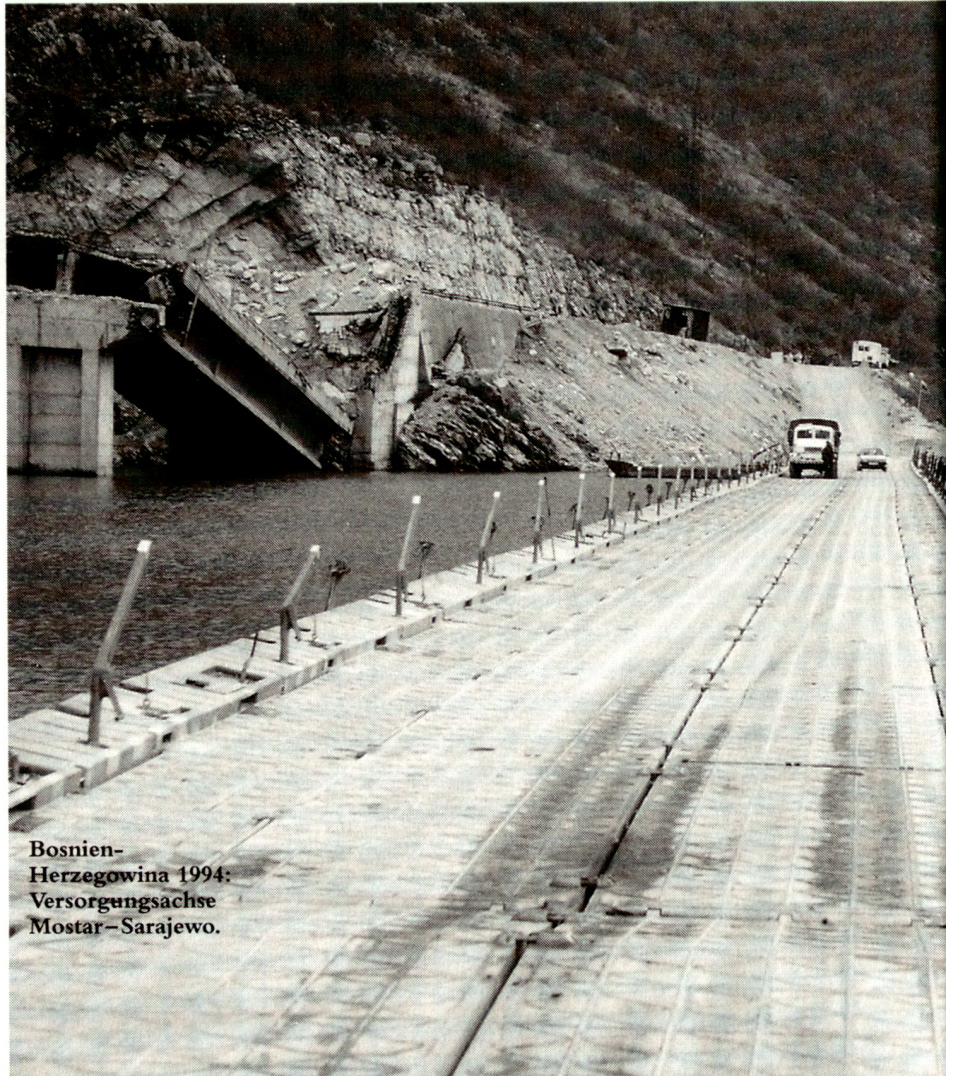
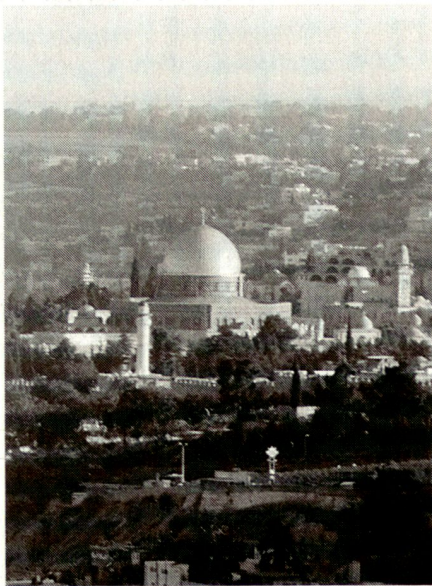
Unten: Palästina: Jerusalem mit dem Felsendom (1995).

meer weist ähnliche Phänome auf. Die Auswanderer aus Pakistan und der Türkei werden über Albanien nach Italien verfrachtet.

Die deutsch-tschechische Grenze wird durch Menschen aus Rumänien illegal überschritten. Die deutsch-polnische Grenze ist die Durchgangsstation für Menschen aus Weissrussland und Russland.

Ein strategisches Krisengebiet für Europa dürfte das Baltikum sein. Russland hält seine Ansprüche auf diesen Raum immer noch aufrecht. Nur mit einer Gegenleistung ist Russland bereit, eine NATO-Mitgliedschaft der drei Republiken zu akzeptieren. Offensichtlich befürchtet Russland sein strategisches Vorfeld dadurch zu ver-

lieren, es würde, wie im Nordkap, direkt an das westliche Bündnis angrenzen. Unter keinen Umständen darf aber Europa auf das Baltikum verzichten. Erstens stellt das Baltikum die klassische Einfallsachse nach Europa dar. Zweitens sind die drei baltischen Republiken kulturell nach Europa und nicht nach Russland orientiert. Sie aufzugeben wäre ein Verrat an der Geschichte und Kultur Europas. Drittens weisen Lettland und Estland erhebliche russische Minderheiten auf. Für die innen- und aussenpolitische Entwicklung der beiden Republiken sind diese eine Belastung. Europa hat diesen Republiken bei der Bewältigung ihrer Probleme, die das Ergebnis der sowjetischen Besetzung von 1940 sind,



Bosnien-Herzegowina 1994: Versorgungssachse Mostar-Sarajewo.



Riga/Lettland:
Dom: Grabmal eines
deutschen Ritters
(1994).

Riga/Lettland:
Altstadt mit der
zugefrorenen Duna
(Winter 1994).



Riga/Lettland:
Denkmal der
Unabhängigkeit
Lettlands 1918;
Wachsoldaten
in der Uniform
der 1. Republik
(1994, minus 27°C).



Riga/Lettland:
Kadetten der neuen
Armee Lettlands
beim Sprachunter-
richt (1994).



Unterstützung zugesichert. Viertens dient das Baltikum der OK aus Russland für den Transit des Drogen-, Menschen-, Waffen- und Nuklearhandels. Da durch die OK alle europäischen Staaten bedroht sind, muss den drei Republiken bei der Bewältigung dieser Situation geholfen werden.

Der wirkliche Brennpunkt und damit Störfaktor des Baltikums ist die russische Enklave Kaliningrad. Ur-

sprünglich der nördliche Teil von Ostpreussen, wurde Königsberg durch die Sowjets Ende des Zweiten Weltkrieges besetzt und der Russischen Föderation angegliedert. Der südliche Teil Ostpreussens geriet unter polnische Verwaltung. Die Deutschen wurden vertrieben, und es wurden Russen angesiedelt. Kaliningrad wurde als Hauptstützpunkt der sowjetischen Ostseeflotte ausgebaut. Bis zum Zu-

El Escorial (Palast von Philipp II., Spanien): Symbol vergangener Grösse (1999).



sammenbruch der UdSSR war Kaliningrad das Hauptquartier des Militärbezirkes Baltikum und für den Aufmarsch der Zweiten Staffel Richtung Norddeutschland zuständig. Seit 1992 ist Kaliningrad von Russland auf dem Landweg getrennt. Die Streitkräfte werden über Weissrussland und Litauen versorgt. Das ehemalige Königsberg ist aber nicht nur ein russischer Stützpunkt, sondern vermutlich auch das Zentrum der russischen OK im Baltikum. Als Folge der unklaren Zukunft der Enklave stellt Kaliningrad eine strategische Belastung für das gesamte Baltikum und damit für Europa dar.

Gegenüber diesen Krisen und Bedrohungen sind die nuklearen und konventionellen Arsenale der Europäer wirkungslos. Dies gilt insbesondere für die Nuklearwaffen Frankreichs und Grossbritanniens. Beide Staaten verfügen über ein Arsenal mit je vier nuklearangetriebenen U-Booten für ballistische Lenkwaffen. Frankreich hat noch zusätzliche 60 Mirage 2000N mit Marschflugkörpern. Aber auch die konventionellen Streitkräfte der verschiedenen Staaten sind heute nicht mehr zeitgemäss. Als Folge des Kalten Krieges sind diese mit Unterstützung der USA auf einen grossen konventionellen Krieg ausgerichtet worden. Heute müssten die Grossen Verbände der Europäer reformiert werden. Werden keine Reformmassnahmen unternommen, dann bleibt nur noch der nostalgische Blick auf die Vergangenheit oder der Ausblick auf den Terrorismus übrig. Diese politische und militärische Ungewissheit dürfte noch durch die sich abzeichnende Rezession in Europa verschärft werden. ■



Ronda, Andalusien: die spanische Legion beim Exerzieren (1999).

KFOR 1999: österreichischer Unteroffizier auf einem Schützenpanzer Pandur.



Ein verwundbarer Riese?

Machtpolitik der USA: Stärken und Schwächen

Strategische Interessen und Globalstrategie

Nach dem Zerfall der UdSSR ist aus dem Kalten Krieg eine einzige Weltmacht übrig geblieben: die USA. Sie verfügen über das während der 70er- und 80er-Jahre erstellte Arsenal. Mit diesem Arsenal setzen die USA ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen in der Welt durch. Ihre Globalstrategie ist auf ihre Interessen ausgerichtet und dient bedingt friedenspolitischen Anliegen oder stabilitätsnotwendigen Ansätzen. Die Alliierten haben in dieser Globalstrategie den ihnen zugewiesenen Wert.

Militärstrategie

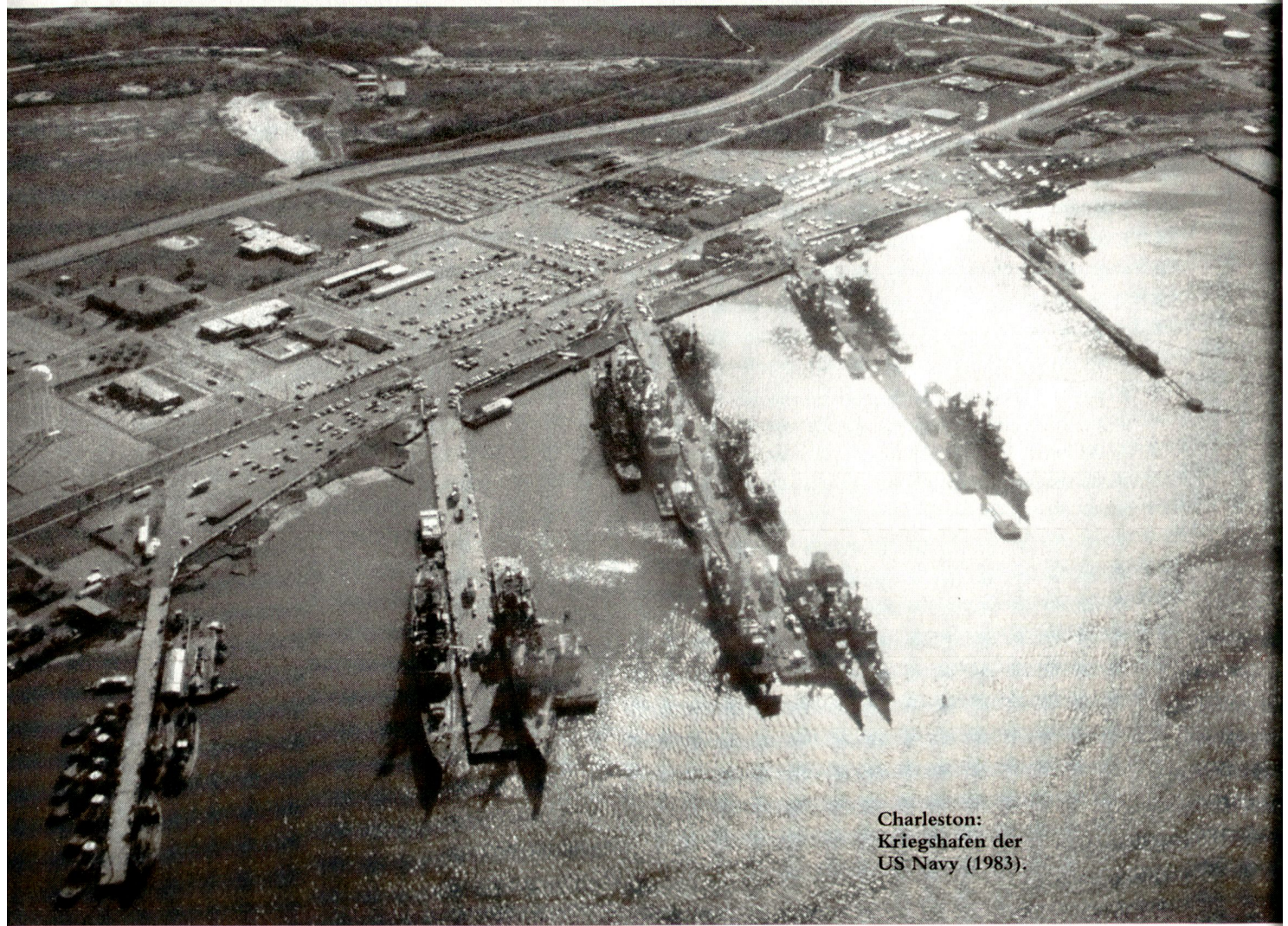
Ziele, Mittel und Einsatz der militärischen Mittel der USA sind Teil ihrer Globalstrategie. Diese dient, wie es Brzezinski in seinem Buch formuliert hat, der Beherrschung der Welt. Die Globalstrategie ist auch der Rahmen der Militärstrategie, für die die Streitkräfte folgende Aufträge zu erfüllen haben:

1. Peacetime Engagement
2. Deterrence and Conflict Prevention
3. Fight and Win

Das Hauptszenario, auf das bisher der Gesamtumfang der Streitkräfte ausgerichtet war, war die gleichzeitige Führung zweier grösserer regionaler Kriege. Die Neuorientierung der Militärstrategie und der Streitkräfte zeich-



Charleston:
die Depots der
US Navy mit
nuklearen Gefechts-
köpfen (1983).



Charleston:
Kriegshafen der
US Navy (1983).

net sich unter der Bush-Administration auch als Folge des «War against Terrorism» ab. Entsprechend der neuen Strategie «Joint Vision 2010» sollen die Streitkräfte folgende operative Konzepte verwirklichen können:

1. dominant manoeuvre
2. precision engagement
3. full dimensional protection
4. focused logistics

Die Streitkräfte

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt verfügen die USA über das folgende Streitkräftepotenzial.

<i>Bestand der Aktiven:</i>	1 367 700
<i>Reserve:</i>	1 200 600
<i>Army:</i>	477 800
<i>Navy:</i>	366 100
<i>USMC:</i>	171 300
<i>Coast Guard:</i>	36 260 Militärs 5 850 Zivilisten
<i>Air Force:</i>	352 500
<i>Special Operations Forces:</i>	28 620

Mit JointVision 2010, deren Grundlage die «Revolution in Military Affairs» ist, sollen die Streitkräfte gemeinsame Einsätze weltweit führen können. «War against Terrorism» dürfte die notwendigen Erkenntnisse dazu liefern.

Fairchild Republic A-10A Thunderbolt II (Warthog) mit 30 mm GAU-8/A Gatlingkanone (abgereicherter Uran-Munition) (Veteran des Golfkrieges 1991).



Nuklearwaffen

Unter Beachtung der START-Verträge mit der Sowjetunion und mit Russland haben die USA ihr Nuklearwaffenpotenzial mit den drei Waffenträgern ICBM, SLBM und Bomber reduziert, aber nicht abgeschafft. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt dürften die USA über das folgende Arsenal verfügen:

- 432 ballistische Lenkwaffen auf 18 nuklearangetriebenen U-Booten der Ohio-Klasse
- 550 landgestützte ballistische Lenkwaffen in Silos
- 208 schwere Bomber (B-1B, B-52H, B-2A)

Auch in Zukunft wird dieses Arsenal, das Pentagon will die Zahl der schweren Bomber reduzieren, aufrecht erhalten, modernisiert und die Grundlage der Globalstrategie der USA bilden. Mit diesem Arsenal können sich die USA weltweit Respekt verschaffen und ihre Interessen und Ziele durchsetzen. In Anbetracht dessen, dass die USA ihr C-Waffen-Potenzial vernichtet und

auf ihr B-Waffen-Programm verzichtet haben, stellen die Nuklearwaffen das einzige Abschreckungsmittel gegen einen Staat dar, der C- oder B-Waffen gegen die US-Streitkräfte einsetzen würde. Dies ist mit ein Grund, warum die Entwicklung von kleinen, aber sehr präzisen nuklearen Gefechtsköpfen mit hoher Eindringfähigkeit weitergeführt wird. Entsprechend den Verlautbarungen der Bush-Administration ist die Ergänzung des nuklearen Offensivarsenals durch eine Raketenabwehr zwingend. Nur durch die Ergänzung durch ein defensives System soll der Schutz des US-Territoriums garantiert sein.

Globalpolitik

Die Streitkräfte und die dazugehörige Strategie der USA dienen der Durchsetzung ihrer Interessen. Diese Interessen sind auf das Wirtschaftswachstum und auf die Kontrolle der dazu notwendigen Rohstoffe gerichtet. Die Machtpolitik beruht auf der Verfügbarkeit von Streitkräften, die

grundsätzlich allen möglichen Gegnern insgesamt überlegen sein müssen.

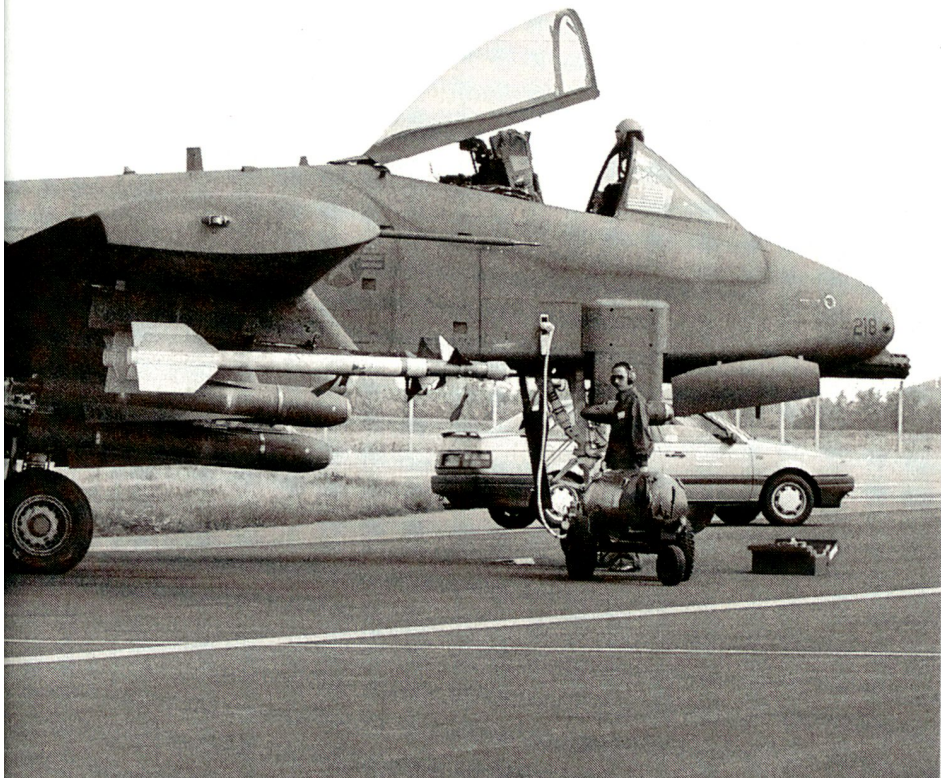
Die grossen Übungen, die die USA in den vergangenen Jahren mit ihren Streitkräften weltweit durchgeführt haben, weisen darauf hin, wo ihre Interessen liegen. Es sind dies der Mittlere Osten, Zentralafrika und Zentralasien mit ihren Rohstoffvorkommen. Als Element in dieser Globalstrategie ist Europa militärisch das logistische Hinterland für Einsätze im Mittleren Osten, politisch dient es der Unterstützung der amerikanischen Interessen, und wirtschaftlich ist Europa ein grosser Absatzmarkt. Eine wirtschaftliche Union Europas ist willkommen, nicht aber die Bildung einer rivalisierenden Grossmacht. Die gleichen Vorstellungen gelten auch für Japan.

Was die Stellung der Russischen Föderation in diesem Macht-Parallelogramm betrifft, so ist dieses Land als Rohstofflieferant für die USA sehr wichtig. Gleichzeitig soll aber eine Wiederaufrüstung und -errichtung des russischen Imperiums verhindert werden.

Als zukünftiger Rivale wird die Volksrepublik China beurteilt. China ist ein wichtiger Absatzmarkt und Lieferant, aber die militärische Aufrüstung der chinesischen Streitkräfte und die politischen Aktivitäten Chinas in Nordost- und Südostasien dürften trotz des «War against Terrorism» mit Misstrauen verfolgt werden.

Bedrohungen

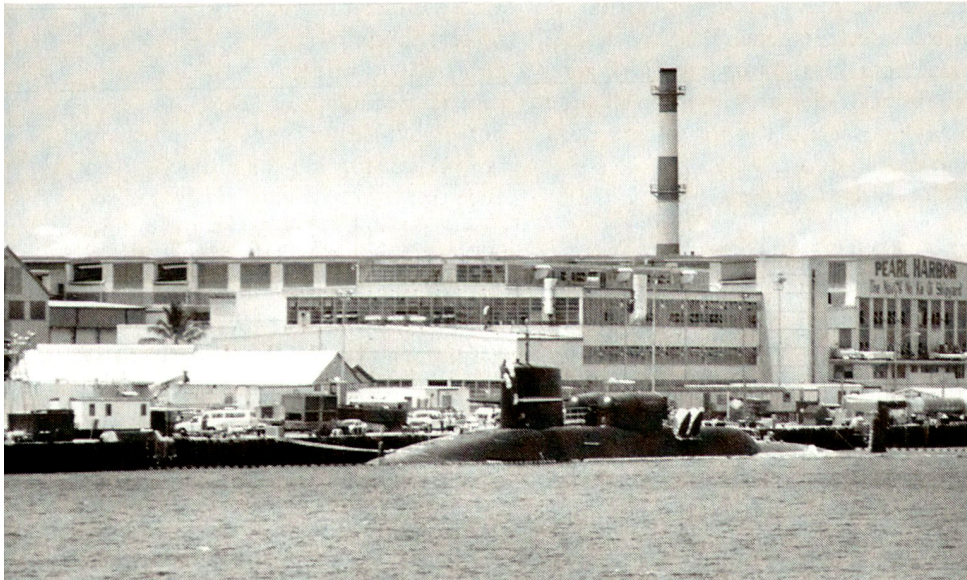
Angesichts der Überlegenheit der US-Streitkräfte ist eine ernsthafte militärische und politische Herausforderung für die USA in den nächsten 20 Jahren nicht vorstellbar. Die Gefahr für die USA ist, wie die Anschläge auf New York aufgezeigt haben, der Terrorismus. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der USA sind gegenüber dieser



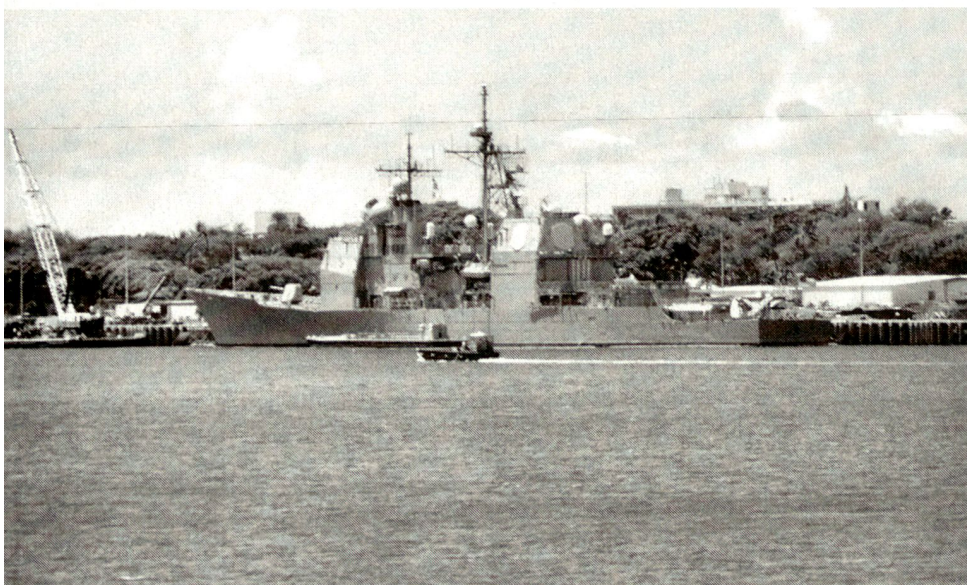
E-3B/C Sentry
AWACS (Airborne
Warning And
Control System):
britischer Flugplatz
Waddington (1993).



Pearl Harbor:
nuklearantriebe-
nes U-Boot mit
ballistischen Lenk-
waffen (SSBN)
(Einsatzverdrängung
18 750 Tonnen)
(2001).



Pearl Harbor:
Lenkwaffenkreuzer
der Ticonderoga-
Klasse (Einsatz-
verdrängung
8910 Tonnen)
(2001).



Gefahr sehr verwundbar. Die Anschläge waren durchdacht, gegen den eigentlichen Schwerpunkt gerichtet, den Glauben der Bevölkerung an die Unverwundbarkeit ihrer Nation, und exakt ausgeführt. Durch den Angriff auf diesen Gravitationspunkt ist das Sicherheitsbewusstsein der Bevölkerung erschüttert worden.

Die dadurch ausgelösten Emotionen haben bewirkt, dass die Führung schnell handeln musste und den «War against Terrorism» ausgerufen hat. Erst im Nachhinein haben die genauen Abklärungen zur Erfassung der Drahtzieher und Ausführenden der Anschläge eingesetzt.

Aber auch die Ausführung des «War against Terrorism» weist verschiedene Mängel auf. Die Operation ist offensichtlich ohne genaue Kenntnisse über das «Operationstheater» ausgelöst worden. Es besteht die Gefahr, dass die USA langfristig zum Spielball asiatischer Intrigen werden könnten. ■

Eine friedliche Weltordnung?

Auswirkungen und Folgerungen



Aufgrund der politischen Folgen des «War against Terrorism» und der weiteren demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung dürften sich die Beziehungen zwischen den Staaten auf dieser Welt zu einem multipolaren System entwickeln. Die USA werden diese Entwicklung mittel- und langfristig nicht aufhalten können. Dies gilt vor allem für den grossen Kontinent Eurasien, auf dem die Mehrheit der Menschheit lebt. Die Bevölkerung der USA ist mit einem Anteil von 5% der Weltbevölkerung eine kleine Minderheit auf diesem Globus. Allerdings konsumiert diese Minderheit über 30% der Energie dieser Welt.

Die zukünftigen Herausforderungen der Weltgemeinschaft sind neben der Erderwärmung, der Überbevölkerung, der zunehmenden Knappheit an trinkbarem Wasser und landwirtschaftlicher Nutzfläche und den abnehmenden Ressourcen die sozialen und politischen Instabilitäten einzelner Staaten und das Vorhandensein ungelöster Konflikte wie jene im Mittleren Osten und in Zentral- und Südwestasien. Diese Instabilitäten und Konflikte werden in den nächsten Jahrzehnten im-

mer weniger durch grosse Kriege als vor allem durch terroristische Anschläge ausgetragen, die in der Zukunft noch an Intensität zunehmen dürften. Parallel und auch in Symbiose dürfte zudem die OK mit ihren verschiedenen Geschäftsbereichen politisch und wirtschaftlich an Einfluss gewinnen.

Um diesen Herausforderungen begegnen zu können, müssen die europäischen Staaten ihre Aussenpolitik und ihre Streitkräfte grundlegend reformieren. Die grossen Panzerverbände sind durch die Bildung von Infanterieverbänden, die zu parapolizeilichen Einsätzen befähigt sind, zu ersetzen.



Nach diesem Krieg dürften die Zeugnisse der alten Kulturen in Afghanistan der Vergangenheit angehören.

Die Zukunft gehört, wie General Wesley Clark in seinem Buch klar formuliert hat, den Carabinieri und der Guardia Civil und nicht den Panzerbrigaden. Auch die Schweiz wird sich dieser Entwicklung nicht entziehen können. Gefragt sind für den Schutz der Transversalen und wichtiger Objekte, wie auch für die Unterstützung der Polizei, gut gerüstete und ausgebildete Infanterieeinheiten, die schnell verlegt werden können und die über eine entsprechende Feuerkraft verfügen, mit der sie demonstrativ wirken können. Für die Erhöhung der Mobilität inner- und ausserhalb der Schweiz ist auch die Beschaffung von Transportflugzeugen dringend notwendig. Zusätzlich sind für die Überwachung des schweizerischen Territoriums und der Grenze Unmanned Aerial Vehicles wie der amerikanische Predator zu beschaffen. Im Gegensatz zu den bisherigen Drohnen ist deren Einsatzdauer viel grösser.

Die Welt wird nach dem «War against Terrorism» in Zukunft weniger sicher sein als heute. Die Bombardierungen Afghanistans steigern in der islamischen Welt die Abneigungen der Massen gegenüber den USA und den übrigen westlichen Staaten noch mehr. Diese Bombardierungen haben auch ein Defizit der «Political Correctness» des Westens aufgedeckt. Als Dank dafür, dass sie den Westen von der gefährlichsten Bedrohung, die es je gab – die Sowjetunion – durch ihren zehnjährigen Krieg befreit haben, werden sie bombardiert. Nach diesem Krieg dürften die Zeugnisse der alten Kulturen in Afghanistan definitiv der Vergangenheit angehören. ■

